

Die Präsidentin
des Oberverwaltungsgerichts
für das Land Nordrhein-Westfalen
- 3204/1 -

Geschäftsverteilung 2022

1. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	K e l l e r
Stellv. Vorsitzender	Richter am OVG	S c h u l t z e - R h o n h o f
	Richter am OVG	Dr. V i e g e n e r
	Richterin am OVG	K l e m k e

Geschäftsbereich

1. Recht der Richter einschließlich Anfechtung der Wahl des Präsidiums nach § 21 b Abs. 6 Satz 2 GVG in Verbindung mit § 4 VwGO (1340*, 1342-1345);
2. Recht der unmittelbaren und mittelbaren Bundesbeamten, soweit nicht der 3. Senat oder der Disziplinarsenat zuständig ist (1310-1315);
3. Recht der Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen sowie Trennungsentschädigungen der unmittelbaren und mittelbaren Landesbeamten sowie des nicht im Beamtenverhältnis stehenden sonstigen Personals des Landes und der unter seiner Aufsicht stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (1300, 1335);
4. Sonstiges Recht des öffentlichen Dienstes, soweit es den Bund, eine bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung als Beteiligte betrifft, und soweit es nicht sonst von den Geschäftsbereichen des 3., des 6. oder des Disziplinarsenats erfasst ist (1300);
5. Soldatenrecht, soweit nicht der 3. Senat zuständig ist (1320-1325);
6. Wehrpflichtrecht, Wehrrecht (1350-1353);
7. Dienstrecht des Zivilschutzes (1360);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

8. Streitigkeiten der ehemals dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes unterfallenden Personen (1370);
9. Streitigkeiten der ehemals dem Gesetz zu Art. 131 GG unterfallenden Personen (1370);
10. Streitigkeiten über die Nachversicherung nach § 99 AKG und nach Art. VI §§ 18 ff des Fremdrenten- und Auslandsrentenneuregelungsgesetzes (1370);
11. Verfahren betreffend politische Verfolgung im Sinne des Art. 16 a GG, der Genfer Flüchtlingskonvention, § 3 und § 4 des Asylgesetzes sowie diejenigen Entscheidungen nach dem Asylgesetz und dem Aufenthaltsgesetz, zu denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge berufen ist (im Folgenden: Asylrecht), soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
 - Angola,
 - Marokko,
 - Algerien,
 - Tunesien,
 - Südafrika,
 - Volksrepublik China,
 - Hongkong,
 - Taiwan,
 - Vietnam,
 - Kambodscha,
 - Laos,
 - Nepal oder
 - Mali

berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

2. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	B r a u e r
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. H ü w e l m e i e r
	Richter am OVG	Dr. M e r s c h m e i e r

Geschäftsbereich

1. Aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis, dem Hochsauerlandkreis, den Kreisen Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, dem Märkischen Kreis, den Kreisen Mettmann, Minden-Lübbecke, dem Rhein-Kreis Neuss, den Kreisen Olpe, Paderborn, Siegen-Wittgenstein, Soest und Wesel sowie den Städten Bielefeld, Duisburg, Hagen, Hamm, Krefeld, Mönchengladbach und Wuppertal, soweit nicht der 7. oder der 8. Senat (jeweils Nr. 1 des Geschäftsbereichs) zuständig ist,
 - a. Bauplanungs- und Bauordnungsrecht (0920*) mit Ausnahme des Rechts der Außenwerbung (10. Senat),
 - b. Besonderes Städtebaurecht, soweit nicht der 14. Senat zuständig ist (0920),
 - c. Streitigkeiten betreffend nachbarliche Abwehransprüche mit bauplanungs- bzw. bauordnungsrechtlichem Bezug gegen Störungen, die von dem Betrieb in öffentlicher Trägerschaft stehender Einrichtungen, ausgenommen Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, ausgehen (0920),
 - d. Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten einschließlich Erschließungsvertragsrecht, soweit nicht der 15. Senat zuständig ist (0970),
 - e. Streitigkeiten betreffend die Erteilung der sog. Abgeschlossenheitsbescheinigung nach § 7 Abs. 4 Nr. 2 iVm § 3 Abs. 2 Wohnungseigentumsgesetz (0980),
 - f. Verfahren betreffend die Erteilung einer Bescheinigung nach § 82 g Einkommensteuer-Durchführungsverordnung/§ 7 h Abs. 2 Einkommensteuergesetz (1160);
2. Siedlungsrecht (0930 - 0934);
3. Rundfunkgebühren- und Rundfunkbeitragsrecht (0250);
4. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in den nicht gesondert zugewiesenen Ländern Afrikas

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

3. Senat

Vorsitzender: Vorsitzender Richter am OVG Dr. S c h n i e d e r s
Stellv. Vorsitzender: Richter am OVG D o r n
 Richterin am OVG S u c h o d o l l (bis zum 31. März 2022)*

* mit der Hälfte ihrer Arbeitskraft im 3. und 31. Senat, Stammsenat der Richterin ist der 17. Senat

Geschäftsbereich

1. Recht der Besoldung und Versorgung der unmittelbaren und mittelbaren Landesbeamten sowie des nicht im Beamtenverhältnis stehenden sonstigen Personals des Landes und der unter seiner Aufsicht stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (1300*, 1334) einschließlich des (finanziellen oder sonstigen) Ausgleichs von Mehrarbeit (§ 61 LBG NRW), soweit nicht der 1. Senat oder der 6. Senat zuständig ist;
2. Verfahren nach § 9 BBesG, soweit nicht der Disziplinarsenat zuständig ist (1314, 1324, 1334);
3. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
 der Russischen Föderation oder
 Georgien
berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

4. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	Dr. S a r n i g h a u s e n
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	S c h n i e d e r s
	Richter am OVG	R i a z i
	Richterin am VG	Dr. D i c k t e n (bis 30. September 2022) *

* abgeordnet, in Teilzeit beschäftigt

Geschäftsbereich

1. Recht der Wirtschaftsverfassung, Wirtschaftslenkung, Marktordnung einschließlich Preisrecht, wirtschaftliche Subventionen sowie wirtschaftsrechtliche Abgaben, soweit nicht der 12. Senat nach Nr. 7 seines Geschäftsbereichs, der 13. Senat nach Nr. 5 seines Geschäftsbereichs oder der 16. Senat nach Nr. 7 seines Geschäftsbereichs zuständig ist (0410*-0411);
2. Recht der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und anderer wirtschaftlicher bzw. wirtschaftsständischer Vereinigungen (0412), soweit nicht Fragen der Verfassung und Verwaltung angesprochen sind (16. Senat) und soweit nicht der 17. Senat zuständig ist;
3. Recht der freien Berufe einschließlich des Kammerrechts (0460), soweit nicht Fragen der Verfassung und Verwaltung angesprochen sind (16. Senat) und soweit nicht der 13., 14. oder 17. Senat zuständig ist;
4. Streitigkeiten nach der Gewerbeordnung sowie wegen des Anschluss- und Benutzungsrechts für kommunale Einrichtungen, soweit es sich um Volksfeste und sonstige Veranstaltungen im Sinne der §§ 60b, 64 bis 68 Gewerbeordnung handelt (0140, 0421);
5. Gaststättenrecht (0423);
6. Sonstiges Gewerberecht (0420), soweit es nicht anderen Senaten zugewiesen ist, jedoch einschließlich der Verfahren betreffend die Bestellung, Ermächtigung oder Bekanntgabe als Sachverständiger;
7. Streitigkeiten nach dem Arbeitszeitgesetz (0420);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

8. Sonstiges Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht (0400, 0490) einschließlich der Feststellung der Gleichwertigkeit einer Berufsqualifikation, soweit es nicht anderen Senaten zugewiesen ist;
9. Handwerksrecht (0422) einschließlich der Feststellung der Gleichwertigkeit einer Berufsqualifikation mit Ausnahme des Prüfungsrechts (14. Senat);
10. Streitigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (0420) einschließlich der Feststellung der Gleichwertigkeit einer Berufsqualifikation mit Ausnahme des Prüfungsrechts (14. Senat);
11. Schornsteinfegerrecht (0470) einschließlich der Feststellung der Gleichwertigkeit einer Berufsqualifikation;
12. Baukammernrecht (0460);
13. Streitigkeiten nach dem Feiertagsgesetz (0492);
14. Lotterierecht (0570);
15. Statistikrecht (0536);
16. Justizverwaltungsrecht einschließlich Hausverbote für Gerichtsgebäude (1710);
17. Unverteilte Materien;
18. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Pakistan
berufen, soweit nicht der 10. Senat (dort Nr. 5 des Geschäftsbereichs), der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

5. Senat

Vorsitzender:	Vizepräsident des OVG	Beimesche *
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. Buck
	Richter am OVG	Dr. Naumann
	Richterin am OVG	Dr. Teigelack **
	Richterin am OVG	Dr. Wilkitzki ***

* kommissarische Leitung

** in Teilzeit beschäftigt

*** ab dem 01.03.2022 in Teilzeit beschäftigt

Geschäftsbereich

1. Parlamentsrecht (0110*);
2. Parteienrecht (0130);
3. Vereinsrecht (0523);
4. Recht der Kunst und Kultur (0230, 0200);
5. Recht der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (0260) mit Ausnahme der Streitigkeiten betr. Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (Art. 140 GG, Art. 138 WRV) und wegen Kirchenbaulasten (19. Senat);
6. Polizeirecht einschließlich der Verwaltungsgebühr nach § 8 Nr. 6 VOVwVG NRW (0510);
7. Ordnungsrecht einschließlich der Verwaltungsgebühr nach § 8 Nr. 6 VOVwVG NRW, soweit nicht ein besonderer Zusammenhang mit einem anderen Sachgebiet besteht, mit Ausnahme der sonst in die Zuständigkeit eines anderen Senats fallenden ordnungsrechtlichen Streitigkeiten (0520, 0521, 0524, 0525);
8. Verfahren nach § 53 VwGO;
9. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in den Ländern auf dem Staatsgebiet des früheren Jugoslawien oder Albanien berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs), der 13. Senat (dort Nr. 15 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

6. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	Schulte – Trux
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	Rasche – Sutmeier
	Richterin am OVG	Dr. Berkenheide
	Richterin am OVG	Scheffel (ab dem 1. März 2022)*
	Richterin am OVG	Decker*
	Richterin am VG	Rosarius (bis 30. September 2022)**

* in Teilzeit beschäftigt

** abgeordnet

Geschäftsbereich

1. Recht der unmittelbaren und mittelbaren Landesbeamten sowie des nicht im Beamtenverhältnis stehenden sonstigen Personals des Landes und der unter seiner Aufsicht stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (1300*, 1330 – 1333), soweit nicht der 1. Senat, der 3. Senat oder der Disziplinarsenat zuständig ist;
2. Streitigkeiten, die den (finanziellen oder sonstigen) Ausgleich von Zuvielarbeit oder entgangenem Erholungsurlaub des in Nr. 1 genannten Personenkreises betreffen (1300, 1330);
3. Sonstiges Recht des öffentlichen Dienstes, soweit es nicht den Bund, eine bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung als Beteiligte betrifft, und soweit es nicht sonst von den Geschäftsbereichen des 1., des 3. oder des Disziplinarsenats erfasst ist (1300);
4. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung im Iran berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

7. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	S a u r e n h a u s
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. K o r e l l a *
	Richter am OVG	R e d e k e r
	Richter am OVG	Dr. K a l l e r h o f f

* mit neun Zehnteln seiner Arbeitskraft, Stammsenat des Richters ist der 7. Senat

Geschäftsbereich

1. Immissionsschutzrecht (1021*) einschließlich Verfahren betreffend Baugenehmigungen für unwesentliche Änderungen einer immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlage (§ 16 Abs. 1 BImSchG) aus den Bezirken der Verwaltungsgerichte Aachen, Arnsberg, Düsseldorf und Gelsenkirchen, soweit die Verfahren Windenergieanlagen betreffen und ab dem 10. Dezember 2020 eingegangen sind;
2. Streitigkeiten nach dem Benzinbleigesetz (1021);
3. Aus der Städtereion Aachen, den Kreisen Coesfeld, Düren, Euskirchen, Heinsberg, dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis und dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie den Städten Aachen, Bonn, Dortmund, Köln, Leverkusen und Münster, soweit nicht der 8. Senat nach Nr. 1 seines Geschäftsbereichs zuständig ist,
 - a. Bauplanungs- und Bauordnungsrecht (0920) mit Ausnahme des Rechts der Außenwerbung (10. Senat),
 - b. Besonderes Städtebaurecht, soweit nicht der 14. Senat zuständig ist (0920),
 - c. Streitigkeiten betreffend nachbarliche Abwehransprüche mit bauplanungs- bzw. bauordnungsrechtlichem Bezug gegen Störungen, die von dem Betrieb in öffentlicher Trägerschaft stehender Einrichtungen, ausgenommen Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, ausgehen (0920),
 - d. Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten einschließlich Erschließungsvertragsrecht, soweit nicht der 15. Senat zuständig ist (0970),
 - e. Streitigkeiten betreffend die Erteilung der sog. Abgeschlossenheitsbescheinigung nach § 7 Abs. 4 Nr. 2 iVm § 3 Abs. 2 Wohnungseigentumsgesetz (0980),

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

- f. Verfahren betreffend die Erteilung einer Bescheinigung nach § 82 g Einkommensteuer-Durchführungsverordnung/§ 7 h Abs. 2 Einkommensteuergesetz (1160);
- 4. Streitigkeiten nach dem Abgrabungsgesetz NRW (1011);
- 5. Recht der Sparkassen (0150).

8. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	Dr. Kleinschnittger
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	Sarnighausen
	Richter am OVG	Dr. Rolfsen
	Richter am VG	Dr. Krieger (bis 30. September 2022) *

* abgeordnet

Geschäftsbereich

1. Immissionsschutzrecht (1021*) einschließlich Verfahren betreffend Baugenehmigungen für unwesentliche Änderungen einer immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlage (§ 16 Abs. 1 BImSchG) mit Ausnahme der dem 7. Senat zugewiesenen Verfahren;
2. Streitigkeiten nach dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (1020);
3. Recht der Gentechnik (1050);
4. Verkehrsrecht (0550, 0555) mit Ausnahme der Streitigkeiten betreffend die Erteilung von Genehmigungen nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 8 und 9 und von Erlaubnissen nach § 29 Abs. 2 StVO (11. Senat), des Personenbeförderungs- und Güterkraftverkehrsrechts (13. und 20. Senat), des Luftverkehrsrechts (20. Senat), des Eisenbahn- und Kleinbahnrechts sowie des Magnetschwebbahnrechts (11. und 13. Senat), des Rechts der Prüfungen nach dem Fahrlehrergesetz (14. Senat) und des Fahrerlaubnisrechts (16. Senat);
5. Streitigkeiten über die Kostenverteilung bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 18 Bundesnaturschutzgesetz bzw. §§ 135 a bis c Baugesetzbuch (1150).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

9. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	Dr. D a h m e
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. H a u s e n
	Richterin am OVG	B u c h h o l z *
	Richterin am OVG	Dr. F a ß n a c h t

* bis zum 28.02.2022 mit neun Zehnteln ihrer Arbeitskraft, Stammsenat der Richterin ist der 9. Senat

Geschäftsbereich

1. Obdachlosenrecht und Streitigkeiten über die sonstige räumliche Unterbringung von Personen, soweit es sich nicht um Wohnrecht (14. Senat) oder um die Gewährung von Wohnraum als Sachleistung nach dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz (12. Senat) handelt und soweit nicht der 17. Senat zuständig ist (0522*);
2. Abgabenrecht (einschließlich Streitigkeiten wegen Kostenersatzes nach dem FSHG bzw. nach dem BHKG), soweit es nicht einem anderen Senat zugewiesen ist und soweit – im Verwaltungsgebührenrecht – nicht in demselben Verfahren die Verwaltungsmaßnahme angegriffen wird (1100, 1120-1122, 1130);
3. Streitigkeiten nach dem Straßenreinigungsgesetz einschließlich der Straßenreinigungsgebühren (1040, 1121);
4. Arzneimittelrecht (einschließlich Medizinprodukte) sowie Lebens- und Futtermittelrecht (0540 – 0542);
5. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung im Irak berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

10. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	Klein Altstede
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. Wiesmann
	Richterin am OVG	Dr. Hagghu

Geschäftsbereich

1. Recht der Außenwerbung (0990*);
2. Aus dem Rhein-Sieg-Kreis, den Kreisen Borken, Kleve, Recklinghausen, Steinfurt, Unna, Viersen und Warendorf sowie den Städten Bochum, Bottrop, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim/Ruhr, Remscheid, Solingen und Oberhausen, soweit nicht der 7. oder der 8. Senat (jeweils Nr. 1 des Geschäftsbereichs) zuständig ist,
 - a. Bauplanungs- und Bauordnungsrecht (0920),
 - b. Besonderes Städtebaurecht, soweit nicht der 14. Senat zuständig ist (0920),
 - c. Streitigkeiten betreffend nachbarliche Abwehransprüche mit bauplanungs- bzw. bauordnungsrechtlichem Bezug gegen Störungen, die von dem Betrieb in öffentlicher Trägerschaft stehender Einrichtungen, ausgenommen Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, ausgehen (0920),
 - d. Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten einschließlich Erschließungsvertragsrecht, soweit nicht der 15. Senat zuständig ist (0970),
 - e. Streitigkeiten betreffend die Erteilung der sog. Abgeschlossenheitsbescheinigung nach § 7 Abs. 4 Nr. 2 iVm § 3 Abs. 2 Wohnungseigentumsgesetz (0980),
 - f. Verfahren betreffend die Erteilung einer Bescheinigung nach § 82 g Einkommensteuer-Durchführungsverordnung/§ 7 h Abs. 2 Einkommensteuergesetz (1160);
3. Denkmalschutz (0940);
4. Normenkontrollverfahren gegen im Rang unter den Landesgesetzen stehende Rechtsvorschriften, die die Oberste Bauaufsichtsbehörde nach der Bauordnung erlässt (0920);
5. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Pakistan

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300), soweit die Verfahren bisher im 3. Senat anhängig waren sowie soweit sie bisher im 4. Senat anhängig waren und in der Zeit zwischen dem 1. Oktober 2019 und dem 31. Dezember 2020 eingegangen sind; außerdem die jeweils ersten drei von vier Verfahren, die ab dem 1. Januar 2021 eingehen. Verfahren, die zu bereits anhängigen Verfahren im Verhältnis von Haupt- und Nebenverfahren stehen, und Verfahren von Familienangehörigen folgen – ohne Anrechnung auf den Verteilungsschlüssel – dem bereits anhängigen Verfahren. Wird ein zugehöriges Verfahren versehentlich übersehen, wird es nachträglich abgegeben, ohne dass die Verteilung der später eingegangenen Verfahren korrigiert wird.

11. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	Dr. W i l l m s
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	P a u l *
	Richterin am OVG	Dr. P o t t m e y e r **
	Richter am VG	S c h ä f e r s (bis 30. September 2022)***

* in Teilzeit beschäftigt, bis zum 15. Januar 2022 mit der Hälfte ihrer Arbeitskraft, Stammsenat der Richterin ist der 11. Senat

** in Teilzeit beschäftigt

*** abgeordnet

Geschäftsbereich

1. Straßen- und Wegerecht einschließlich der Streitigkeiten betreffend die Erteilung von Genehmigungen nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 8 und 9 und von Erlaubnissen nach § 29 Abs. 2 StVO (1040*) mit Ausnahme des Telegrafengewegerechts, der Streitigkeiten nach Teil 5 Abschnitt 3 des Telekommunikationsgesetzes in der bis 9. November 2016 geltenden Fassung und nach dem Teil 5 Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 des Telekommunikationsgesetzes in der ab dem 9. November 2016 geltenden Fassung und des Wasserstraßenrechts (20. Senat);
2. Sondernutzungsgebühren nach den Straßengesetzen (1040);
3. Eisenbahn- und Kleinbahnrecht sowie Magnetschwebebahnrecht, einschließlich der Fahrgastrechte auch auf dem Gebiet des Kraftomnibusverkehrs und des See- und Binnenschiffsverkehrs, soweit nicht der 13. Senat zuständig ist (0480, 0556);
4. Streitigkeiten nach den Enteignungsgesetzen vom 11.6.1874 und 26.7.1922 sowie nach dem Gesetz über Enteignung und Entschädigung für das Land Nordrhein-Westfalen, soweit nicht ein besonderer Zusammenhang mit einem anderen Sachgebiet besteht (0960);
5. Streitigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz, Schutzbereichsgesetz, Landbeschaffungsgesetz und den Sicherstellungsgesetzen (0961-0964);
6. Recht der Raumordnung und Landesplanung (0910);
7. Flüchtlings- und Vertriebenenrecht einschließlich der Verfahren nach §§ 92, 93 BVFG a.F./ § 10 BVFG n.F. sowie zuzüglich der Verfahren um die Gewährung von Beihilfen aus dem sog. Garantiefonds (1563);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

8. Sonstiges Kriegsfolgenrecht (1560 – 1562, 1564) sowie Streitigkeiten über die Aufteilung von auf dem Gebiet des Lastenausgleichs entstehenden Verwaltungskosten (0144);
9. Wiedergutmachungsrecht einschließlich Härtefonds für Verfolgte des NS-Regimes (1370, 1371) mit Ausnahme der Streitigkeiten der ehemals dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes unterfallenden Personen (1. Senat);
10. Verfahren wegen der Bereinigung von SED-Unrecht (1220 – 1222);
11. Asylrechtliche Verfahren nach §§ 26a, 29 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2, 34a Asylgesetz sowie §§ 27a, 34a Asylgesetz in der bis zum 5. August 2016 geltenden Fassung, (2000, 2100).
12. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Armenien oder
Aserbaidschan
berufen, soweit nicht der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

12. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	B l u m – I d e h e n
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	Dr. W e b e r
	Richter am OVG	B a s t e c k
	Richterin am VG	K a n e (bis 30. September 2022) *

* abgeordnet

Geschäftsbereich

1. Sozialrecht (1520* – 1528) mit Ausnahme des Ausbildungs- und Studienförderungsrechts (1523, 15. Senat);
2. Wohngeldrecht (1510);
3. Verfahren nach dem Kinderbildungsgesetz NRW sowie sonstiges Kindergartenrecht (1550) einschließlich Streitigkeiten über Kostenbeiträge für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege (1130);
4. Heimrecht einschließlich der Streitigkeiten nach dem Wohn- und Teilhabegesetz NRW (1550);
5. Sozialhilferecht und Asylbewerberleistungsrecht sowie das Recht der bedarfsorientierten Grundsicherung (1610);
6. Verfahren nach dem Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen (1562);
7. Land- und Ernährungswirtschaftsrecht, soweit nicht der 13. Senat zuständig ist (0411, 0430, 0431);
8. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Sri Lanka
berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300);
9. Asylrecht, soweit nicht ein anderer mit Asylsachen befasster Senat, der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

13. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	S a n d e r
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	S c h i l d w ä c h t e r
	Richterin am OVG	Dr. S t r a u c h *
	Richter am OVG	L i n ß e n
	Richterin am VG	S o w a (bis 30. September 2022) **

* in Teilzeit beschäftigt

** abgeordnet

Geschäftsbereich

1. Aus dem Hochschulrecht:
 - a. Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen (Numerus-clausus-Verfahren – 0310* – sowie Auswahlverfahren der Hochschulen - 0220) und die damit zusammenhängenden Immatrikulations- und Exmatrikulationsverfahren,
 - b. Verteilung von Studienplätzen durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen und durch die Stiftung für Hochschulzulassung (0320),
 - c. Vergabe von Studienplätzen nach dem Landarztgesetz NRW (Teilbereich aus 0220),
 - d. Zulassung zu einzelnen Studienveranstaltungen (0220);
2. Telekommunikationsrecht, soweit nicht der 20. Senat zuständig ist (0450);
3. Postrecht (0450);
4. Recht der Heil- und Heilhilfsberufe einschließlich Zulassungen zu Prüfungen in der Weiterbildung, einschließlich der Feststellung der Gleichwertigkeit einer Berufsqualifikation und einschließlich Streitigkeiten betreffend Anordnungen nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten, § 23 Apothekenbetriebsordnung (0460);
5. Krankenhausrecht (0491) einschließlich Krankenhausinvestitionsförderung (0411);
6. Rettungsrecht (0525);
7. Gesundheits- und Hygienerecht einschließlich Tierkörperbeseitigungs- und Seuchenrecht, soweit nicht der 15. Senat (dort Nr. 19 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (0540 - 0542), und mit Ausnahme des Arzneimittelrechts (einschließlich Medizinprodukte) sowie des Lebens- und Futtermittelrechts (9. Senat);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

8. Aus dem Land- und Ernährungswirtschaftsrecht Streitigkeiten nach dem Pflanzenschutzgesetz (0430);
9. Recht der Kurorte (0140);
10. Personenbeförderungsrecht (0552) mit Ausnahme der Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren nach §§ 28, 41 Personenbeförderungsgesetz (20. Senat);
11. Güterkraftverkehrsrecht (0553);
12. Medienrecht einschließlich Rundfunkrecht (0250) mit Ausnahme des Rundfunkgebühren- und Rundfunkbeitragsrechts (2. oder 16. Senat) und mit Ausnahme der Streitigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz (19. Senat);
13. Verfahren nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (1700e);
14. Eisenbahn- und Kleinbahnrecht sowie Magnetschwebbahnrecht, jeweils soweit der Aufgabenbereich der Regulierungsbehörde oder der Aufgabenbereich des Eisenbahnbundesamtes nach den §§ 8 – 9a AEG in der bis zum 1. September 2016 geltenden Fassung betroffen ist (0480);
15. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Afghanistan oder
Kosovo
berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

14. Senat

Vorsitzende: Vorsitzende Richterin am OVG Junkerkalefeld
Stellv. Vorsitzender: Richter am OVG Dr. Dr. Ulrichs
Richterin am OVG Dr. Leineweber

Geschäftsbereich

1. Wohnrecht (0560*);
2. Recht der Wohnungsbauförderung sowie der Wohnungsbindung und Mietpreisbindung (0561);
3. Wohnungsaufsichtsrecht (0562);
4. Recht der Prüfungen, Notengebung und Leistungsnachweise einschließlich der Justizprüfungen (0221) mit Ausnahme der Zulassungen zu Prüfungen in der heil- oder heilhilfsberuflichen Weiterbildung (13. Senat), der Laufbahnprüfungen (1. bzw. 6. Senat), der Lehramtsprüfungen (19. Senat), der Schulprüfungen einschließlich der Notengebung, Leistungsnachweise, Zeugnisse mit Qualifikationsvermerk und Versetzungen sowie der Externenprüfungen (19. Senat) und der Fahrerlaubnisprüfungen (16. Senat);
5. Berufsrecht der Rechtsanwälte nach dem Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland - EuRAG - (0460);
6. Steuerrecht, insbesondere Kommunalsteuerrecht (1110-1112);
7. Streitigkeiten betreffend Ausgleichsbeträge nach § 41 Abs. 4 Städtebauförderungsgesetz bzw. § 154 BauGB (1150);
8. Friedhofsverwaltungs- und -benutzungsgebühren (1122, 1121);
9. Verfahren wegen Bescheinigungen auf Grund abgabenrechtlicher Vorschriften, soweit nicht der 2. Senat, der 7. Senat oder der 10. Senat zuständig ist (1160);
10. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Syrien
berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

15. Senat

Vorsitzender:	Vizepräsident des OVG	Beimesche
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Rauschenberg
	Richterin am OVG	Dr. Stamm
	Richter am OVG	Dr. Korella *

* mit einem Zehntel seiner Arbeitskraft, Stammsenat des Richters ist der 7. Senat

Geschäftsbereich

1. Recht der Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen (0120*, 0143);
2. Recht der Gemeindefinanzierung (0140);
3. Recht der sonstigen kommunalen Finanzausstattung einschließlich zweckgebundener Finanzzuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit es nicht anderen Senaten zugewiesen ist (0144);
4. Recht der Gemeindegliedervermögen (0140);
5. Recht der Verfassung, Verwaltung und Organisation der kommunalen Gebietskörperschaften einschließlich der Verfahren betr. die Wahl und die Abberufung von kommunalen Wahlbeamten (0141);
6. Recht der Kommunalaufsicht (0142);
7. Sonstiges Kommunalrecht, soweit es nicht anderen Senaten zugewiesen ist (0140);
8. Vergaberecht (0414);
9. Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (1130, 1132, 1133);
10. Erschließungsbeitragsrecht sowie Streitigkeiten aus dem Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten, die allein dem Erschließungsvertragsrecht zuzuordnen sind (1131, 0970);
11. Anschluss- und Benutzungszwang sowie Anschluss- und Benutzungsrecht für kommunale Einrichtungen einschließlich der Ansprüche politischer Parteien nach § 5 ParteiG und für leitungsgebundene Einrichtungen und Anlagen, die der Versorgung oder der Abwasserbeseitigung dienen (0140, 1170), mit Ausnahme des Anschluss- und Benutzungsrechts für Einrichtungen, soweit es sich um Volksfeste und sonstige Veranstaltungen im Sinne der §§ 60b, 64 bis 68 Gewerbeordnung handelt (4. Senat);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

12. Recht der Verfassung, Verwaltung und Organisation der Hochschulen (0220);
13. Recht der Hochschulaufsicht (0220);
14. Sonstiges Hochschulrecht (einschließlich hochschulrechtlicher Abgaben), soweit nicht der 13., der 14. oder der 19. Senat zuständig ist (0220);
15. Recht der Wissenschaft (0230);
16. Film- und Presserecht (0240);
17. Archivrecht (1720);
18. Hausverbote, soweit nicht der 2. Senat zuständig ist (0520);
19. Versammlungsrecht einschließlich Verfahren bezüglich versammlungsbezogener Regelungen aufgrund von infektionsschutzrechtlichen Bestimmungen mit Ausnahme von Normenkontrollverfahren gegen die Corona-Schutzverordnungen (0512);
20. Streitigkeiten nach den Umweltinformations- und Informationsfreiheitsgesetzen (1070, 1730);
21. Streitigkeiten nach dem Verbraucherinformationsgesetz (0400) sowie nach dem Informationsweiterverwendungsgesetz (0400);
22. Grundstücks- und Hausanschlusskosten (1140);
23. Ausbildungs- und Studienförderungsrecht (1524) einschließlich Streitigkeiten betreffend Kosten nach der Darlehensverordnung.

16. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	Dr. G r a f
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	E i c k m e i e r
	Richterin am OVG	N. N. *
	Richter am VG	Dr. U r b a n (bis 30. September 2022) **

* mit Wirksamwerden der Ernennung

** abgeordnet

Zur weiteren Mitwirkung als Berichterstatter in dem Verfahren 16 A 2670/19 bleibt Richter am OVG Dr. Neumann Mitglied im 16. Senat.

Geschäftsbereich

1. Verfahren nach § 24 Abs. 3 VwGO, auch iVm § 34 VwGO (1710*);
2. Recht der Stiftungen (0100, 0160, 0170);
3. Recht der Wasserverbände (0160, 0170) mit Ausnahme des Rechts der Wasserverbandsabgaben (9. Senat);
4. Recht der Staatsaufsicht über die übrigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, soweit nicht der 15. Senat zuständig ist (0160);
5. Verfahren betreffend den Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshof NRW, soweit nicht der 15. Senat nach Nr. 16 oder Nr. 20 seines Geschäftsbereichs zuständig ist (0160);
6. Recht der Verfassung, Verwaltung und Organisation der übrigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie der Gemeinsamen Einrichtungen nach § 44b SGB II einschließlich der Organstreitigkeiten innerhalb der Bundes- und der Landesverwaltung NRW, soweit nicht der 4. oder der 15. Senat zuständig ist (0170, 0412, 0460);
7. Jagdrecht (0440), soweit nicht der 20. Senat zuständig ist;
8. Forstrecht einschließlich der Streitigkeiten nach dem Landesnaturschutzgesetz NRW, in denen eine Forstbehörde als Vertreter auftritt oder in denen es um die Betretungsbefugnis und das Reiten in der freien Landschaft und im Walde geht (0440);
9. Fischereirecht (0440);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

10. Datenschutzrecht und Datenrecht (auch Verfahren nach dem Bundesverfassungsschutzgesetz, dem Verfassungsschutzgesetz NRW, dem MAD-Gesetz und betreffend Überwachungsmaßnahmen nach dem G 10-Gesetz), soweit nicht ein besonderer Sachzusammenhang mit einem anderen Sachgebiet besteht (0535);
11. Fahrerlaubnisrecht (0551);
12. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
 Bangladesch oder
 Indien
berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

17. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	T e i p e l
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. P r z y g o d e
	Richterin am OVG	S u c h o d o l l *
	Richterin am OVG	S c h r ö d e r – L o t h o l z

* bis zum 31. März 2022 mit der Hälfte ihrer Arbeitskraft, Stammsenat der Richterin ist der 17. Senat

Geschäftsbereich

1. Soweit die Verfahren bei den Verwaltungsgerichten Aachen, Arnsberg, Gelsenkirchen, Minden oder Münster anhängig geworden sind: Ausländerrecht einschließlich der nach dem Asylgesetz den Ausländerbehörden zugewiesenen Regelungsgegenstände sowie Auslieferungsrecht (0600*);
2. Verfahren betreffend den räumlichen Aufenthalt oder die Wohnungnahme innerhalb des Bundesgebietes der in § 2 FlüAG genannten Personen nach dem Asylgesetz und §§ 1 und 3 FlüAG (1820, 1920);
3. Namensrecht (0531);
4. Abgabenrecht der wirtschaftsständischen Körperschaften (0412);
5. Abgabenrecht und Recht der Leistungen aus den Fürsorge- und Versorgungseinrichtungen der berufsständischen Körperschaften (0460);
6. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Ghana oder
Guinea
berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

18. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	Dr. S c h n e l l
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	L e n a r z
	Richter am OVG	Dr. N e u m a n n
	Richterin am OVG	Dr. T r i e r w e i l e r *
	Richter am OVG	Dr. W i e s e r

* in Teilzeit beschäftigt

Geschäftsbereich

1. Soweit die Streitverfahren bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf oder Köln anhängig geworden sind: Ausländerrecht einschließlich der nach dem Asylgesetz den Ausländerbehörden zugewiesenen Regelungsgegenstände sowie Auslieferungsrecht (0600*);
2. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in der Ukraine berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

19. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	K a m p m a n n
Stellv. Vorsitzender	Richter am OVG	Dr. W e b e r
	Richter am OVG	Dr. E i l e n b r o c k
	Richter am OVG	Dr. J a c o b

Geschäftsbereich

1. Schulrecht (0210*);
2. Schulprüfungs- und Versetzungsrecht (0211) einschließlich des Rechts der Externenprüfungen und des Rechts der Feststellung der Gleichwertigkeit von schulisch erlangten Vorbildungsnachweisen mit der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife oder der Fachhochschulreife auf der Grundlage des § 49 Abs. 2 des Hochschulgesetzes, soweit die Gleichwertigkeit nicht incidenter im Rahmen von Immatrikulationsstreitigkeiten zu prüfen ist (15. Senat);
3. Recht der Lehramtsprüfungen einschließlich der Anerkennungen nach § 14 Abs. 1 bis 3 des Lehrerausbildungsgesetzes (LABG) und einschließlich der Prüfungen im Rahmen eines nach § 7 des Hochschulgesetzes akkreditierten oder reakkreditierten Bachelor- oder Masterstudiengangs, bei dessen erfolgreichem Abschluss die Hochschule den akademischen Grad eines „Bachelor of Education“ oder eines „Master of Education“ verleiht (0221);
4. Recht der Schülerbeförderung (0212);
5. Aus dem Hochschulrecht Graduierung (0220) und Erlaubnis zum Führen eines ausländischen akademischen Grades (0222);
6. Streitigkeiten betr. Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (Art. 140 GG, Art. 138 WRV) und wegen Kirchenbaulasten (0260);
7. Bestattungs- und Friedhofsrecht (0146) mit Ausnahme der Friedhofsverwaltungs- und -benutzungsgebühren (14. Senat);
8. Staatsangehörigkeitsrecht (0532);
9. Pass- und Ausweisrecht (0534);
10. Melderecht (0533);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

11. Streitigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz (1540);
12. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Nigeria,
Côte d'Ivoire,
Äthiopien,
Eritrea,
Sudan,
Südsudan,
Uganda oder
Somalia

berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat (dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

20. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	L e c h t e r m a n n
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	K a u f h o l d
	Richter am OVG	S e e g e r

Geschäftsbereich

1. Recht der Titel, Orden und Ehrenzeichen (0580*);
2. Luftverkehrsrecht (0554);
3. Tierschutzrecht (0526);
4. Sprengstoff- und Waffenrecht (0511);
5. Jagdrecht (0440), soweit es sich um Verfahren handelt, deren Gegenstand die Versagung (§ 17 BJagdG) oder die Ungültigkeitserklärung und Einziehung (§ 18 BJagdG) eines Jagdscheins jedenfalls auch wegen Unzuverlässigkeit oder Fehlens der persönlichen Eignung im Sinne der §§ 5 und 6 WaffG ist;
6. Wasser- und Wasserstraßenrecht (1030, 0480);
7. Telegrafienwegerecht und Streitigkeiten nach dem Teil 5 Abschnitt 3 des Telekommunikationsgesetzes in der bis 9. November 2016 geltenden Fassung und nach dem Teil 5 Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 des Telekommunikationsgesetzes in der ab dem 9. November 2016 geltenden Fassung (0450);
8. Abfallrecht (1022) mit Ausnahme der Verfahren betreffend Errichtung und Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen, für die § 7 Abs. 1 AbfG in der Fassung des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 gilt, von Abfallbeseitigungsanlagen, für die § 31 Abs. 1 KrW-/AbfG gilt, und von Abfallentsorgungsanlagen, für die § 35 Abs. 1 KrWG gilt, sowie mit Ausnahme der Verfahren betreffend das Anschluss- und Benutzungsrecht sowie den Anschluss- und Benutzungszwang für kommunale Einrichtungen der Abfallentsorgung (15. Senat);
9. Verfahren betreffend sogenannte Altlasten (1020);
10. Streitigkeiten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz, soweit nicht ein besonderer Zusammenhang mit einem anderen Sachgebiet besteht (1060) und soweit nicht der 16. Senat zuständig ist;

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

11. Streitigkeiten betreffend den Bau von Betriebsanlagen nach § 28 Absätze 1 bis 2 Personenbeförderungsgesetz, auch in Verbindung mit § 41 Personenbeförderungsgesetz (1040);
12. Streitigkeiten betreffend Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren nach § 20 UVPG in der bis zum 28. Juli 2017 geltenden Fassung bzw. nach § 65 UVPG.

21. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	H e i n e
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	K i p p e r *
	Richterin am OVG	K o s m i d e r **
	Richterin am OVG	B u c h h o l z (bis zum 28. Februar 2022)

	Richterin am OVG	Paul (bis zum 15. Januar 2022)****

* beschäftigungslose Elternzeit bis zum 23.01.2022

** bis zum 23.01.2022 stellvertretende Vorsitzende

*** mit einem Zehntel ihrer Arbeitskraft, Stammsenat der Richterin ist der 9. Senat

**** mit der Hälfte ihrer Arbeitskraft, Stammsenat der Richterin ist der 11. Senat

Geschäftsbereich

1. Bergrecht (1011*);
2. Energierecht (1012);
3. Atom- und Strahlenschutzrecht einschließlich aller Streitigkeiten, die die Errichtung oder den Betrieb von Anlagen nach §§ 7 und 9 a AtomG oder den Umgang mit Kernbrennstoffen, radioaktiven Reststoffen und radioaktiven Abfällen sowie die damit in Zusammenhang stehenden sonstigen Genehmigungen oder Kosten (Gebühren und Auslagen) oder Entgelte für die Benutzung von Anlagen (§§ 21, 21a und 21b AtomG) betreffen (1013);
4. Streitigkeiten nach dem Chemikaliengesetz (1020);
5. Naturschutz und Landschaftsschutz sowie Landschaftspflege (1023), soweit nicht der 16. Senat zuständig ist (0440);
6. Umweltrecht und Umweltschutz einschließlich Verfahren nach dem Umweltauditgesetz und dem Umweltschadensgesetz, soweit keine speziellere Zuweisung an einen anderen Senat besteht (1000, 1020);
7. Streitigkeiten nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz und Verfahren nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (0420);
8. Streitigkeiten nach dem Arbeitsschutzgesetz (0420);
9. Berufsrecht der Vermessungsingenieure (0470);
10. Kataster- und Vermessungsrecht (0950);

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

11. Abgabenrecht betreffend Vermessungs- und Katasterwesen (1100);
12. Streitigkeiten nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (1530);
13. Asylrecht, soweit es sich um Personen handelt, die sich auf eine Verfolgung in
Ägypten,
Israel einschließlich der Autonomiegebiete Westjordanland (Judäa und Samaria) und
Gaza (Gaza-Streifen),
Jordanien,
Libanon,
Tadschikistan oder der
Türkei
berufen, soweit nicht der 11. Senat (dort Nr. 11 des Geschäftsbereichs) oder der 17. Senat
(dort Nr. 2 des Geschäftsbereichs) zuständig ist (1810, 1910, 2200, 2300).

31. Senat (Disziplinarsenat)

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	Dr. S c h n i e d e r s
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	D o r n
	Richterin am OVG	S u c h o d o l l (bis zum 31. März 2022)*
	Richter am OVG**	F i s c h b a c h
	Richter am OVG**	Baur ***

* mit der Hälfte ihrer Arbeitskraft im 3. und 31. Senat, Stammsenat der Richterin ist der 17. Senat

** im Nebenamt

*** mit Wirksamwerden der Ernennung

Geschäftsbereich

1. Bundesdisziplinarrechtliche Verfahren (1410*);
2. Landesdisziplinarrechtliche Verfahren (1420).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

32. S e n a t (Flurbereinigungsgericht)

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am OVG	Dr. Klei n s c h n i t t g e r
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. W i e s e r
Stellv. Richter:	Richter am OVG	Dr. H a u s e n

Geschäftsbereich

Flurbereinigungsrecht (0431*).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

33. S e n a t (Fachsenat für Bundespersonalvertretungssachen)

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	L e c h t e r m a n n
1. stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. W i e s m a n n
2. stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	S a r n i g h a u s e n
3. stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	K a u f h o l d

Geschäftsbereich

Bundespersonalvertretungsrecht (1381*).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

34. S e n a t (Fachsenat für Landespersonalvertretungssachen)

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	L e c h t e r m a n n
Stellv. Vorsitzender:	Richter am OVG	Dr. W i e s m a n n
	Richterin am OVG	S a r n i g h a u s e n
	Richter am OVG	S e e g e r
	Richter am OVG	K a u f h o l d

Geschäftsbereich

1. Landespersonalvertretungsrecht (1382*);
2. Richter- und Staatsanwältevertretungsrecht (1390).

* Zur Erhebung von statistischen Daten ist jedem Rechtsgebiet eine vierstellige Schlüsselzahl zugeordnet.

35. S e n a t (Fachsenat für Entscheidungen nach § 99 Abs. 2 VwGO)

Nachrichtlich: Das Präsidium hat am 14. Dezember 2021 für die Amtsperiode vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2025 beschlossen:

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am OVG	S a n d e r
Stellv. Vorsitzende:	Richterin am OVG	S c h i l d w ä c h t e r
	Richter am OVG	L i n ß e n

Geschäftsbereich

Entscheidungen nach § 99 Abs. 2 VwGO.

Vertreter (§ 4 Satz 2 VwGO):

Richter am OVG	Dr. W i e s m a n n
Richter am OVG	Dr. H a u s e n
Richterin am OVG	Dr. F a ß n a c h t

Die Vertretung wird in der Reihenfolge des Dienstalters, beginnend mit dem dienstjüngsten Be-
richterstatter, wahrgenommen.

G ü t e r i c h t e r

Güterichter sind

Vizepräsident des OVG	B e i m e s c h e
Vorsitzender Richter am OVG	Dr. S c h n i e d e r s
Richter am OVG	Dr. H ü w e l m e i e r
Richterin am OVG	S c h e f f e l
Richter am OVG	R i a z i

Den Güterichtern wird als weitere richterliche Aufgabe die Durchführung von Güteverhandlungen (gemäß §§ 173 VwGO, 278 Abs. 5 ZPO) – unter Berücksichtigung der Methoden der Mediation – einschließlich der Protokollierung gerichtlicher Vergleiche (§ 106 VwGO) übertragen.

Die Zuständigkeit der Güterichter richtet sich nach deren Geschäftsverteilung.

Zuständigkeit in asylrechtlichen Streitigkeiten

Berufen sich Asylbewerber abweichend von ihrem Vorbringen bei Eingang des Verfahrens beim Oberverwaltungsgericht (auch) auf eine Verfolgung in einem anderen Staat, so verbleibt es bei der im Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens beim Oberverwaltungsgericht begründeten Zuständigkeit. Berufen sich Asylbewerber schon bei Eingang des Verfahrens beim Oberverwaltungsgericht auf die Verfolgung in zwei (oder mehreren) Staaten, so richtet sich die Zuständigkeit nach dem Zielstaat der Abschiebungsandrohung. Soweit in dem Bescheid die Abschiebung in mehrere Staaten angedroht wird, fällt das Verfahren in die Zuständigkeit des Senats, welcher für den sich aus dem Aktenzeichen des Bundesamts ergebenden Staat zuständig ist.

Erstinstanzliche Zuständigkeit

Für Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO, Streitigkeiten und Klagen nach § 48 VwGO und Rechtsbehelfe nach § 7 Abs. 2 UmwRG ist jeweils der Senat zuständig, in dessen Geschäftsreich das dem Verfahren zugrunde liegende Sachgebiet fällt.

Zuständigkeit für Vollstreckungssachen und für Verfahren nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen

1. Für Streitigkeiten über die Vollstreckung ist der Senat zuständig, der für die Entscheidung über den zu vollziehenden Verwaltungsakt oder die zu vollstreckende Forderung zuständig wäre.
2. Ist die gemeinsame Vollstreckung von Forderungen im Streit, für die verschiedene Senate zuständig sind, wird das Verfahren von dem Senat übernommen, der für die Forderung oder die Forderungen zuständig ist, die den größten Teil an dem zu vollstreckenden Gesamtbetrag ausmachen. Nach einer Verfahrenstrennung (§ 93 Satz 2 VwGO) richtet sich die Zuständigkeit nach Nr. 1 bzw. nach Nr. 2 Satz 1.
3. Nr. 1 gilt entsprechend für Verfahren auf der Grundlage der Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und des Landes.

Bestimmung der Stellvertreter für den Fall, dass eine Vertretung im Senat nicht möglich ist (§ 4 VwGO, § 21 e Abs. 1 GVG)

Ist die Vertretung innerhalb eines Senats nicht möglich (die nebenamtlichen Richter treten senatsintern nur im Disziplinarsenat als Vertreter ein), so werden dessen Richter durch die Richter eines anderen Senats (Vertretungssenat) vertreten; Richter, die mehr als einem der Senate 1-21 zugewiesen sind, werden senatsübergreifend nur zur Vertretung herangezogen, soweit ihr Stammsenat Vertretungssenat ist. Ein Vertretungsfall ist immer gegeben, wenn die erforderliche Spruchkörperbesetzung nicht gewährleistet ist. Die nebenamtlichen Richter der Vertretungssenate treten nicht als Vertreter ein.

Vertretungssenate sind

für den 1.	der 6.	hilfsweise der	3. Senat
" 2.	" 7.	"	10. "
" 3.	" 1.	"	6. "
" 4.	" 9.	"	5. "
" 5.	" 15.	"	16. "
" 6.	" 3.	"	1. "
" 7.	" 10.	"	2. "
" 8.	" 11.	"	14. "
" 9.	" 4.	"	8. "
" 10.	" 2.	"	7. "
" 11.	" 8.	"	20. "
" 12.	" 13.	"	15. "
" 13.	" 12.	"	9. "
" 14.	" 19.	"	12. "
" 15.	" 5.	"	13. "
" 16.	" 21.	"	20. "
" 17.	" 18.	"	19. "
" 18.	" 17.	"	19. "
" 19.	" 14.	"	17. "
" 20.	" 16.	"	21. "
" 21.	" 20.	"	16. "

"	31.	"	1.	"	15.	"
"	32.	"	8.	"	11.	"
"	34.	"	16.	"	11.	"

Teilzeitbeschäftigte Richter werden grundsätzlich nicht zur Vertretung herangezogen. Unter den vollzeitbeschäftigten Richtern des Vertretungssenats tritt der jeweils dienstjüngste nicht verhinderte Richter am Oberverwaltungsgericht als Vertreter ein. Dabei gilt der dienstjüngste Richter am Oberverwaltungsgericht in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni als der dienstälteste unter den Richtern des Vertretungssenats. Bei gleichem Dienstalder wird derjenige Richter herangezogen, dessen Familienname mit dem bei alphabetischer Reihenfolge vorgehenden Buchstaben beginnt. Der Erprobungsrichter tritt nur ein, wenn im Vertretungssenat kein Richter am Oberverwaltungsgericht als Vertreter zur Verfügung steht. Sind alle vollzeitbeschäftigten Richter des Vertretungssenats einschließlich des Erprobungsrichters verhindert, tritt zunächst ein teilzeitbeschäftigter Richter am Oberverwaltungsgericht, dann ein teilzeitbeschäftigter Erprobungsrichter und dann der Vorsitzende des Vertretungssenats ein. Ausgenommen hiervon sind die Präsidentin und der Vizepräsident.

Sind die nach den vorstehenden Regelungen zur Vertretung berufenen Richter an der Mitwirkung verhindert, so treten die Senate 1 – 21 in die weitere Vertretung nach folgenden Grundsätzen ein:

Zunächst zur weiteren Vertretung berufen ist der Senat mit der gegenüber dem zu vertretenden Senat nächsthöheren Ordnungszahl. Hieran schließen sich die Senate in der weiter aufsteigenden Reihenfolge der Ordnungszahlen an. Auf den 21. Senat folgt der 1. Senat. Die Regelungen zur Bestimmung der zur Vertretung berufenen Richter gelten entsprechend.

Sind nach diesen Vertretungsregelungen Ehegatten gemeinsam zur Mitwirkung an einer Entscheidung berufen, so wird der nach den Vertretungsregelungen nächstberufene Richter anstelle des eintretenden Ehepartners als Vertreter hinzugezogen.

Rangfolge der richterlichen Dienstgeschäfte

Termine (mündliche Verhandlung, Beratung mit ehrenamtlichen Richtern ohne mündliche Verhandlung, Beratung von Eilsachen, Vorberatung von Verhandlungen, Einzelrichtertermin mit

Beteiligten, Güteverhandlung) und sonstige unaufschiebbare Dienstgeschäfte werden zwischen den Senaten sowie zwischen den Senaten und den Güterichtern grundsätzlich so abgestimmt, dass sie in der Person der beteiligten Richter nicht kollidieren. Kommt es dennoch zu einer Kollision, geht die Tätigkeit in demjenigen Senat vor, dem der Richter zugewiesen ist (Stammsenat). Ist ein Richter mehreren Senaten zugewiesen, bestimmt das Präsidium, welcher der Stammsenat ist.

Abweichend von dieser Regel geht die Tätigkeit in einem anderen Spruchkörper (Disziplinarsenat, Fachsenate, Berufsgenossenschaftliche Gerichte) vor, wenn der Richter dort als Berichterstatter oder stellvertretender Vorsitzender einen Termin oder sonstige unaufschiebbare Dienstgeschäfte wahrzunehmen hat. Jede der vorgenannten Tätigkeiten geht der Inanspruchnahme eines Richters als Vertreter vor.

Wer in einem Verfahren als Güterichter tätig war, wirkt an diesem Verfahren nicht als Richter in einem Senat mit.

Zu Mitgliedern des

G r o ß e n S e n a t s

werden gem. § 12 Abs. 1 und 3 VwGO iVm § 109 Abs. 2 Satz 1 JustG NRW bestimmt:

Vizepräsident des OVG	B e i m e s c h e
Vorsitzender Richter am OVG	K a m p m a n n
Vorsitzender Richter am OVG	T e i p e l
Vorsitzender Richter am OVG	D r. S c h n e l l
Vorsitzender Richter am OVG	L e c h t e r m a n n
Vorsitzender Richter am OVG	K l e i n A l t s t e d d e

Zu stellvertretenden Mitgliedern werden bestimmt:

Vorsitzender Richter am OVG	S a u r e n h a u s
Vorsitzende Richterin am OVG	B r a u e r
Vorsitzender Richter am OVG	D r. W i l l m s
Vorsitzende Richterin am OVG	D r. K l e i n s c h n i t t g e r
Vorsitzender Richter am OVG	D r. S a r n i g h a u s e n
Vorsitzender Richter am OVG	D r. S c h n i e d e r s

Übergangsregelung

Soweit Rechtsgebiete in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Senates übergehen, verbleiben die Sachen, in denen zum Zeitpunkt der jeweiligen Beschlussfassung durch das Präsidium bereits eine mündliche Verhandlung terminiert oder ein Beweisbeschluss gefasst worden ist, vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung bei der Bestimmung des jeweiligen Geschäftsbereichs in der Zuständigkeit des bisher zuständigen Senates. Dies gilt auch hinsichtlich aller eventuell erforderlich werdenden Nebenentscheidungen sowie zugehöriger erstinstanzlicher B-Verfahren. Für Nebenentscheidungen in bereits erledigten Verfahren verbleibt es bei der Zuständigkeit des Senats, in dem das Verfahren erledigt worden ist. Das gilt auch für Rügen nach § 152 a VwGO. Für andere Entscheidungen zu erledigten Verfahren (zum Beispiel über Wiederaufnahmeanträge) oder für zurückverwiesene Verfahren ist der Senat zuständig, in dessen Geschäftsbereich das betreffende Rechtsgebiet übergegangen ist.

Ehrenamtliche Richter / Beamtenbeisitzer

Hinsichtlich der Verteilung und der Reihenfolge der ehrenamtlichen Richter sowie ihrer Heranziehung aus der Hilfsliste gilt die gemäß Beschluss des Präsidiums vom 19. Dezember 2019 bestehende Regelung. Mit der Heranziehung aus der jeweiligen Liste wird zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres neu begonnen. Sie ist im ablaufenden Geschäftsjahr erfolgt, wenn eine der dieselbe Sitzung betreffenden Ladungen der ehrenamtlichen Richter vor Beginn des neuen Geschäftsjahres abgesandt worden ist. Die Heranziehung richtet sich für die Senate 1, 2, 4, 5, 6, 7, 9, 12, 17 und 18 nach der alphabetischen Reihenfolge (A bis Z), für die Senate 3, 8, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 19, 20 und 21 nach der umgekehrt alphabetischen Reihenfolge (Z bis A).

Für die Zuweisung der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats gelten die vom Präsidium für bundesdisziplinarrechtliche Verfahren am 14. Dezember 2020, für landesdisziplinarrechtliche Verfahren die am 14. Dezember 2021 beschlossenen Regelungen. Die Heranziehung der Beamtenbeisitzer richtet sich nach den folgenden Regelungen und der danach jeweils maßgeblichen Reihe, wenn nichts anderes bestimmt ist. Auszugehen ist jeweils vom Beginn der mit der Zuweisung beschlossenen Liste der Beamtenbeisitzer. Bei der nächsten Heranziehung ist mit dem nächsten Beamtenbeisitzer in der jeweils maßgeblichen Reihe fortzufahren. Mit der Heranziehung wird zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres neu begonnen. Die Heranziehung ist im ablaufenden Geschäftsjahr erfolgt, wenn eine der dieselbe Sitzung betreffenden Ladungen der

Beamtenbeisitzer vor Beginn des neuen Geschäftsjahres abgesandt worden ist. Die Beamtenbeisitzer werden jeweils für alle Verfahren einer Sitzung geladen, in denen sie nach den nachfolgenden allgemeinen Heranziehungsregeln in Betracht kommen. Das gilt auch, wenn ein Verfahren nachgeladen, ein ursprünglich geladenes Verfahren durch ein später geladenes Verfahren ersetzt wird oder in einem Verfahren Fortsetzungstermine bestimmt werden und auf einen dieser Termine ein weiteres Verfahren geladen wird. Tritt am Tag der Sitzung die Verhinderung eines Beamtenbeisitzers ein, ist der nächst bereite Beamtenbeisitzer mit dienstlichem Wohnsitz im Regierungsbezirk Münster, ohne Rücksicht auf den Verwaltungszweig, die Laufbahn und das Geschlecht heranzuziehen.

Heranzuziehen sind in bundesdisziplinarrechtlichen Verfahren die Beamtenbeisitzer des Verwaltungszweigs und – innerhalb des Verwaltungszweigs – der Laufbahngruppe, denen der Beamte angehört, gegen den sich das Disziplinarverfahren richtet. Stehen Beamtenbeisitzer derselben Laufbahngruppe nicht zur Verfügung, sind Beamtenbeisitzer der nächst höheren Laufbahngruppe desselben Verwaltungszweigs heranzuziehen. Existiert eine höhere Laufbahngruppe nicht oder ist auch diese Gruppe erschöpft, sind Beamtenbeisitzer der nächst niedrigeren Laufbahngruppe desselben Verwaltungszweigs heranzuziehen. Ist auch das nicht möglich, sind die nächst bereiten Beamtenbeisitzer derselben Laufbahngruppe der anderen Verwaltungszweige heranzuziehen.

Heranzuziehen sind in landesdisziplinarrechtlichen Verfahren die Beamtenbeisitzer des Verwaltungszweigs und – innerhalb des Verwaltungszweigs – der Laufbahn, denen der Beamte angehört, gegen den sich das Disziplinarverfahren richtet. Stehen Beamtenbeisitzer derselben Laufbahn nicht zur Verfügung, sind Beamtenbeisitzer der nächst höheren Laufbahn desselben Verwaltungszweigs heranzuziehen. Existiert eine höhere Laufbahn nicht oder ist auch diese erschöpft, sind Beamtenbeisitzer der nächst niedrigeren Laufbahn desselben Verwaltungszweigs heranzuziehen. Ist auch das nicht möglich, sind die nächst bereiten Beamtenbeisitzer derselben Laufbahn der anderen Verwaltungszweige heranzuziehen. Die Laufbahnabschnitte I, II und III der Polizei gelten als Laufbahn der Laufbahngruppe 1, Ämtergruppe des zweiten Einstiegsamtes, der Laufbahngruppe 2, Ämtergruppe des ersten Einstiegsamtes und der Laufbahngruppe 2, Ämtergruppe des zweiten Einstiegsamtes. Richtet sich das Disziplinarverfahren gegen eine Beamtin und sind beide nach den vorstehenden Regelungen heranzuziehenden Beamtenbeisitzer männlich, ist anstelle des zweiten männlichen Beamtenbeisitzers die nächste auf diesen fol-

gende Beamtenbeisitzerin derselben Laufbahn heranzuziehen. Steht in der Laufbahn keine Beamtenbeisitzerin zur Verfügung, gelten die allgemeinen Regelungen. Werden für einen Sitzungstag mehrere Verfahren geladen, in denen zumindest in einem Verfahren anstelle des zweiten männlichen Beamtenbeisitzers eine Beamtenbeisitzerin heranzuziehen ist, ist diese Beamtenbeisitzerin auch für die anderen Verfahren des Sitzungstags heranzuziehen. Die Regelung zur Heranziehung einer Beamtenbeisitzerin anstelle des zweiten männlichen Beamtenbeisitzers gilt nicht, wenn ein Verfahren, das sich gegen eine Beamtin richtet, nachgeladen oder ein ursprünglich geladenes Verfahren durch ein später geladenes, gegen eine Beamtin gerichtetes Verfahren ersetzt wird.

Wechselt ein Beamtenbeisitzer während der Wahlperiode den Verwaltungszweig oder steigt ein Beamtenbeisitzer (Bund) in eine höhere Laufbahngruppe, ein Beamtenbeisitzer (Land) in eine höhere Laufbahn auf, gilt er weiterhin als dem Verwaltungszweig, der Laufbahngruppe oder der Laufbahn zugehörig, unter denen er in der vom Präsidium beschlossenen Liste aufgeführt ist. Dasselbe gilt für den Fall, dass der Beamtenbeisitzer bei seiner Wahl nicht der Laufbahngruppe, der Laufbahn oder dem Verwaltungszweig angehörte, unter denen er in der Liste aufgeführt ist.

Im Vorsitz der Ausschüsse zur Wahl ehrenamtlicher Richter wird die Präsidentin durch den Vizepräsidenten, dieser durch den dienstältesten nicht verhinderten Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht vertreten.

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Geschäftsverteilungsplans

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Senaten über die grundsätzliche Handhabung einzelner Sachgebietszuweisungen, die sich nicht durch Abstimmung unter den betroffenen Senaten klären lassen, entscheidet das Präsidium mit Wirkung auch für künftige gleichartige Fälle.

Nachrichtlich:

Das Präsidium hat mit Beschluss vom 19. Dezember 2019 folgende Regelung getroffen:

1. Die ab 1. Februar 2020 auf die Dauer von fünf Jahren gewählten ehrenamtlichen Richter werden gemäß anliegender Aufstellung jeweils zwei bzw. drei Senaten zugeteilt und sind nach Maßgabe des jeweiligen Geschäftsverteilungsplans in der dort vorgesehenen Reihenfolge zu den Sitzungen heranzuziehen.
2. Für die Heranziehung von Vertretern bei unvorhergesehener Verhinderung gelten die in der Anlage 2 getroffenen Regelungen und die darin aufgestellte Hilfsliste. Im Übrigen erfolgt die Heranziehung nach Maßgabe des jeweiligen Geschäftsverteilungsplans.

Verteilung der Sitzungssäle ab 1. Januar 2022

Wochentag	Saal I	Saal II
Montag	11 17 19	1 9 18
Dienstag	VerfGH 5 15	2 14
Mittwoch	8 20 32-34	3 31
Donnerstag	7 6	4 16
Freitag	10 12	13 21

Münster, den 14. Dezember 2021

Beimesche

Dr. Schnell

Klein Altstedde

Dr. Kleinschnittger

Dr. Sarnighausen

Dr. Willms

Dorn

Schultze-Rhonhof

Dr. Weber